



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.1: Orte der Begegnung

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung), Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.1.1: Projekt „Brücke in die Vergangenheit“ an der Grundschule

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden als durchaus sinnvoll erachtet und als freiwillige Projektgruppe begrüßt.

Sie liegen nicht in der Zuständigkeit der Kommune. Projekte an der Grundschule sind Sache der Grundschule. Die Kommune hat nur bedingt Einfluss darauf.

Bei der Jugendförderung gibt es bislang noch keine vergleichbaren Maßnahmen, wohingegen es in der Seniorenarbeit bereits Ansätze dieser Art gab.

Die Maßnahmen waren nicht sehr erfolgreich. Die Umsetzung stellt keine planungsrechtlichen Anforderungen und sollte als längerfristige Maßnahme gesehen werden.

Maßnahmenvorschlag 3.1.2: Computer-Café (mit Computer-Kursen, Internet-Zugang)

Aus Sicht der Seniorenbeauftragten ist der Vorschlag sinnvoll und liegt in der Zuständigkeit der Kommune.

Aus Sicht der Jugendförderung ist der Umgang mit dem Medium Computer für Kinder und Jugendliche ein ganz anderer als für Senioren. Kinder wachsen mehr selbstverständlich damit auf und haben ganz andere Erfahrungen und Interessen. Innerhalb eines gemeinsamen Cafés dürfte es schwer umzusetzen sein, beide Interessensgruppen zur Begegnung zu bringen. Was die Zielgruppe Jugendliche angeht, liegt die Zuständigkeit bei der Jugendförderung. Für Senioren ist die Seniorenbeauftragte zuständig.

Als öffentliches Internetcafé käme ein kommerzieller Betreiber in Frage. Vorstellbar wären auch gemeinsame Projekte an der VHS oder JWS. Es gibt Computerkurse für Kinder und Jugendliche im Jugendzentrum. Es gab auch schon mal einen Mädchenkurs in Kooperation mit der VHS. Ein Computercafé existiert gegenwärtig während des offenen Treffs montags und mittwochs von 14.30 – 21 Uhr und Dienstags von 14 – 18 Uhr als Arbeitsgruppe. Ein Kurs zur Erstellung einer CD-rom findet im Februar/März und einer zur Erstellung einer Homepage im Oktober 2002 statt. Internetzugang wird hauptsächlich während des offenen Treffs genutzt zum Chatten oder gezielter Internetrecherche.

Zur Umsetzung der Maßnahmen ist anzumerken, dass mit dem richtigen Kooperationspartner z.B. JWS oder VHS eine Ausrüstung schon vorhanden wäre. Man müsste nur noch einen Referenten bezahlen. Bei entsprechendem Interesse von Seiten Jugendlicher und Senioren ist die Umsetzbarkeit positiv zu bewerten. Die Kosten hängen von den konkreten Umsetzungsvorstellungen ab. Da die Erfahrungen gemacht wurden, dass in diesem Bereich alt eher von jung lernt, müsste man Jugendliche finden, die an der Vermittlung von Kenntnissen an Andere Interesse haben. Vielleicht würde ein kleines Honorar den Anreiz verstärken.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.1: Orte der Begegnung

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung), Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.1.3: freie Begegnungstätte mit Garten und Tieren (auch für behinderte Menschen) auch in den Räumlichkeiten der Altenwohnanlage

Gegen die Vorschläge gibt es von Seiten der Jugendförderung keine Einwände. Allerdings ist hier nicht die Kommune zuständig, da es in der Altenwohnanlage eine eigene Sozialarbeiterin gibt. Es gibt noch Klärungsbedarf hinsichtlich der Einzelheiten des Vorschlags. Bei der Seniorenbeauftragten gibt es Zweifel an der Umsetzbarkeit.

Maßnahmenvorschlag 3.1.4: Orte/Treffpunkte, die sich die Jugendlichen selbst gestalten können

Der Vorschlag wird als sinnvoll betrachtet, soweit solche Örtlichkeiten zu finden sind. Räume, die von Jugendlichen selbst gestaltet sind, mit dem Ziel sich darin aufzuhalten und sich wohl zu fühlen, sollten auch als Schon- und Schutzraum für diese Zielgruppe gelten. Erwachsenen den freien Zugang dazu zu gewähren, würde meiner Meinung nach nicht zusammen passen. Jugendräume stellen gerade eine Abgrenzung zu den Erwachsenen dar. Laute Musik, grelle Farben, dunkle Ecken – das sind die Bedürfnisse der Besucher. Wenn es um Jugendliche geht, fällt dies in die Zuständigkeit der Kommune. Ein bereits bestehender Ort für Kinder und Jugendliche ist das Jugendzentrum. Die Räumlichkeiten werden immer mal wieder von den Besuchern selbst gestaltet. Gerade aktuell ist die Jungengruppe dabei, den offenen Bereich neu anzulegen. Der Mädchenraum wurde von der Mädchengruppe selbst gestaltet. Für interessierte Jugendliche besteht die Möglichkeit, bestimmte Wände mit Graffitis zu gestalten. Im Ort selbst gibt es meines Wissens keine freien Räume, an denen ein solches Projekt umgesetzt werden könnte. Die planungsrechtlichen Anforderungen einer Umsetzung hängen von Örtlichkeit und Objekt ab. Die Kosten sind ohne klares Konzept nicht zu benennen.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.2: Freizeitangebote

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung), Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.2.1: Fragebogenaktion

Die Maßnahme ist sinnvoll.

Die Erhebung der Wünsche von Kindern und Jugendlichen betrifft die Arbeit der Jugendförderung. Die Jugendförderung hat bereits 2x Fragebogenaktionen durchgeführt. Die letzte wurde an alle Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren verschickt. Der Rücklauf war sehr unbefriedigend.

Ansonsten versuchen wir Angebote zu schaffen, die die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen treffen. An der Resonanz der Veranstaltungen kann man dies beobachten.

Großveranstaltungen werden immer zusammen mit Jugendlichen geplant; Freizeitziele kommen meist aus der Gruppe der Jugendzentrumsbesucher; Themen für Arbeitsgruppen oder Kurse entstehen aus Anregungen von Jugendlichen.

Eine persönliche Befragung von Besuchern oder VeranstaltungsteilnehmerInnen des Jugendclubs wird als sinnvoller erachtet. Anonyme Befragungen bringen meist nicht den gewünschten Erfolg.

Maßnahmenvorschlag 3.2.2: Jugendforum

Die Maßnahme ist grundsätzlich sinnvoll, aber nur dann, wenn dies von interessierten Jugendlichen gefordert wird. Voraussetzung sind bestimmte Problemlagen, Konflikte, Wünsche, die von Jugendlichen geäußert werden. Ein Vorgespräch darüber sollte im Jugendbeirat geführt werden. Danach sollte entschieden werden, ob und in welcher Form ein Jugendforum veranstaltet werden soll.

Zuständig hierfür ist die Jugendförderung.

Ein Jugendforum an sich hat noch nicht stattgefunden.

Eine zeitlang wurden offene Gesprächsrunden mit dem Bürgermeister veranstaltet; hier war die Beteiligung jedoch nicht sehr hoch. Anwesend waren meist die regelmäßigen Besucher des Jugendclubs.

Eine Beteiligung von Jugendlichen ist über den Jugendbeirat gegeben. Dort werden Programm und Planung der Jugendförderung besprochen und beschlossen. Der Jugendbeirat gibt Empfehlungen an den Gemeindevorstand weiter. Er ist mit 5 Jugendlichen besetzt.

Im konkreten Problemfall kann ein Jugendforum schnell umgesetzt werden. Kosten entstehen dabei keine.

Der Aufruf zur Gründung eines Jugendforums müsste mit einer Aktion gekoppelt sein oder ein konkretes Thema aufgreifen, z.B. Arbeitslosigkeit oder aktuelle politische Themen wie Jugendschutzgesetz oder Führerschein mit 17... Je unkonkreter das Anliegen, desto unmotivierter das Engagement. Außerdem sind Jugendliche heutzutage sehr ausgebucht mit Schule und evtl. Vereinsaktivitäten. Ihre Kapazitäten sind meist sehr beschränkt.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.2: Freizeitangebote

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung), Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.2.3: Kinder- und Jugendkino im Jugendtreff

Der Bedarf an Kinoveranstaltungen in Roßdorf ist durch die Nähe zu Darmstadt meiner Meinung nach nicht sehr groß, aber sinnvoll ja.

Die Zuständigkeit liegt bei der Jugendförderung.

In Gundernhausen gab es das Angebot „Kinderkino“ für Kinder der 1. – 4. Klasse. Dies musste im letzten Jahr aus personellen Gründen eingestellt werden. Die Besucherzahl schwankte zwischen 20 – 40 Besuchern.

Im Jugendzentrum werden unregelmäßig DVD-Nächte angeboten, zu denen zwischen 10 und 20 Besuchern kommen. Die Filme werden vom Actionteam ausgesucht.

Termine 2002: 21.6. und 20.12.

Im Moment bestehen im Bezug auf Termine und personelle Kapazitäten keine Möglichkeiten, weitere Kinoangebote umzusetzen.

Maßnahmenvorschlag 3.2.4: Errichtung und Förderung eines Kommunalen Kinos

Der Sinn dieser Maßnahme ist fragwürdig. Ein Kommunales Kino würde langfristig wahrscheinlich nicht gegenüber dem kommerziellen Angebot der Darmstädter Kinos und des Video- und DVD-Marktes bestehen können. Ein kommunales Kino wäre ein kostenintensives Unternehmen, dass mit seinem Angebot gerade Jugendliche wahrscheinlich nicht erreichen würde (alte oder Kultfilme). Aktuelle Filme könnten dort nicht oder nur mit viel Verzögerung gezeigt werden.

Die Zuständigkeit liegt nicht bei der Jugendförderung, evtl. wäre ein kommerzieller Betreiber vorstellbar.

Es gibt keine geeigneten Räumlichkeiten innerhalb der Gemeinde.

Die Erfahrungen zeigen, dass die Jugendlichen lieber nach Darmstadt fahren; spätestens seit der Eröffnung des Cinemax-Kinos.

Maßnahmenvorschlag 3.2.5: Halfpipe verbessern

Der Vorschlag wird nicht als sinnvoll eingeschätzt.

Die Zuständigkeit liegt beim Bauamt.

Im letzten Jahr ist die Skateanlage weiter ausgestattet worden. Die Jugendförderung hatte zur Eröffnung mit Musik und Wettkämpfen eingeladen.

Im Moment stehen im Haushalt dafür keine Mittel zur Verfügung.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.2: Freizeitangebote

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung), Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.2.6: Veranstaltungen von Vereinen in den Räumlichkeiten des Jugendtreffs, Zusammenarbeit von Vereinen und Jugendförderung

Wir halten diesen Vorschlag für sinnvoll, denn Kooperation wird von uns als sehr wichtig eingeschätzt.

Die Jugendförderung kooperiert seit Jahren mit bestimmten Vereinen in Roßdorf. Meistens läuft die Kooperation über Jugendliche, die in mehreren Organisationen aktiv sind oder über die Ferienspiele. Es gibt Kooperationen z.B. mit RCC, DLRG, IG Kerb, Skiclub, SKG, Schachclub, BUND. Sie besteht in Form von gemeinsamen Veranstaltungen oder Ausleihen von Musik- und Videogeräten.

Eine Überlassung der Räume des Jugendtreffs an Vereine und andere Privatpersonen wurde bei einer Beratung im Jugendbeirat abgelehnt

Die Umsetzbarkeit hinsichtlich Kosten, beteiligten Akteuren etc. kommt auf den Einzelfall an.

Maßnahmenvorschlag 3.2.7: „Runder Tisch“/„ Jugendkonferenz“ (siehe auch Schwerpunktthema „Teilhabe“)

Die Maßnahmen werden prinzipiell als sinnvoll erachtet, aber nur wenn konkrete Forderungen bzw. Konflikte vorliegen.

Die Zuständigkeit liegt bei der Jugendförderung.

Beteiligung von Jugendlichen findet in den einzelnen Arbeitsgruppen, im Jugendbeirat und auf unregelmäßig veranstalteten Vollversammlungen im Jugendclub bereits statt.

Im konkreten Problemfall kann ein solches Projekt kurzfristig umgesetzt werden.

Siehe auch Anmerkungen zu Punkt 3.2.2.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.3: Lernen

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung), Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.3.1: Ganztagschule

Die Maßnahme ist nicht für alle Kinder sinnvoll; nur für diejenigen, bei denen eine Betreuung durch das Elternhaus am Nachmittag nicht gewährleistet ist.

Für Angebote am Nachmittag als Kooperationsprojekt mit der Schule könnte die Jugendförderung sich zuständig erklären. Ansonsten sind Land, Kreis, Kommune und Eltern zuständig.

Die Jugendförderung steht mit der Justin-Wagner-Schule im Gespräch, was die Einrichtung von Angeboten am Mittag angeht, wie Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgruppen und auch Mittagstisch. Zuerst muss ein Bedarf ermittelt werden, was die Betreuung der Kinder nach der Schule angeht. Planung und Finanzierung des Ganzen bedarf einer enormen Vorlaufphase und engagierter Eltern und Lehrer.

Maßnahmenvorschlag 3.3.2: „Leih-Oma und –Opa“

Für Familien, deren Großeltern weit weg wohnen oder bereits verstorben sind, wäre dies in den Augen der Jugendförderung eine sinnvolle Ergänzung zum familiären Betreuungsangebot. Aus Sicht der Seniorenbeauftragten ist der Sinn jedoch fraglich.

Zuständig hierfür ist nicht die Kommune, sondern Eltern und Senioren.

Bislang gibt es noch keine vergleichbaren Maßnahmen.

Erforderlich wäre auch hier erst mal eine Bedarfsermittlung innerhalb der Familien mit Kindern. Mit einem Aufruf in der Presse können ältere Menschen geworben werden.

Maßnahmenvorschlag 3.3.3: „Oma- und Opa-Tag“

Gegen den Vorschlag gibt es von Seiten der Jugendförderung keine Einwände.

Von Seiten der Seniorenbeauftragten gelten die selben Vorbehalte wie zu Punkt 3.3.2 genannt.

Die Maßnahme wäre als Projekt in der Schule vorstellbar.

Bislang gibt es noch keine vergleichbaren Maßnahmen.

Die Umsetzung ist im kleinen Rahmen als Schulprojekt relativ unaufwendig zu organisieren.

Maßnahmenvorschlag 3.3.4: Projekt „Brücke in die Vergangenheit“ an der Grundschule

Siehe Punkt 3.1.1.

Maßnahmenvorschlag 3.3.5: Fremdsprachen spielerisch schon im Kindergarten

Die Maßnahme wird von der Seniorenbeauftragten begrüßt.

Von der Jugendförderung werden sie nicht als sinnvoll erachtet. Kinder werden früh genug zum Lernen angetrieben; meiner Meinung nach sollte der Kindergarten davon verschont bleiben.

Es sei denn es ginge dabei um die Integration eines ausländischen Kindes einer Gruppe.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.3: Lernen

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung), Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Dazu könnten Projekte, wo es auch um eine andere Sprache aber auch um andere Kultur, Essen, Kleidung, Klima, Pflanzen, Tiere...geht, entstehen in einem zeitlich befristeten Rahmen. Hierzu könnten Eltern zur Mitarbeit aufgefordert werden.

Was die Umsetzung im Gemeindekindergarten angeht, läge die Zuständigkeit bei der Kommune. Andere Kindergärten haben andere Träger wie Kirche, AWO.

Die Umsetzung eines solchen Projekts erfordert gezielte Fortbildungen für Kindergartenmitarbeiter. In der Grundschule finden solche Projekte bereits statt.

Maßnahmenvorschlag 3.3.6: Theaterprojekte von Jung für Alt und umgekehrt

Als freiwilliges Angebot ist die Maßnahme durchaus sinnvoll.

Als Projekt kann man das sowohl bei der Jugendförderung als auch bei der Seniorenförderung ansiedeln.

Bisher gab es Theaterangebote ausschließlich für Jugendliche.

Ein solches Projekt bedarf professioneller Hilfe, d.h. Kosten würden für eine Honorarkraft entstehen. Räumlichkeiten stehen im Sonnensaal zur Verfügung.

Maßnahmenvorschlag 3.3.7: Preis für soziales Engagement für Kinder und Jugendliche

Die Maßnahme wird als sinnvoll erachtet.

Die Durchführung liegt nicht nur in kommunaler Zuständigkeit. Jeder Verein kann Personen benennen und ehren, die sich engagieren.

Seit letztem Jahr gibt es für Jugendliche, die sich ehrenamtlich engagieren eine Jugendleitercard, mit der sie bei vielen Institutionen Ermäßigungen in Anspruch nehmen können. Diese Card gibt es bei der Kreisjugendförderung. Vorschläge kann jede Gruppierung machen.

In der Gemeinde Roßdorf finden Ehrungen jedes Jahr für besondere sportliche oder ehrenamtliche Verdienste statt.

Die Namen der zu ehrenden Personen müssen an die Kreisjugendförderung oder die Gemeinde weitergegeben werden.

Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.4: Natur

Stellungnahme durch: Frau Münch (Jugendförderung)

Maßnahmenvorschlag 3.4.1: Kinderwald / Waldgruppe

Die Maßnahmen werden als sinnvoll erachtet und liegen in kommunaler Zuständigkeit. An vergleichbaren Maßnahmen gibt es - soweit bekannt - im Kindergarten Waldwochen. Im Rahmen der Ferienspiele hat die Jugendförderung bereits 2x das Motto: Natur „Bearbeitet“. Dazu fand eine Fortbildungsveranstaltung für die Teamer statt. Die Maßnahmen sind im Rahmen eines zeitlich befristeten Projekts z.B. innerhalb der Ferienspiele umsetzbar.

Maßnahmenvorschlag 3.4.2: Spaziergänge in die Natur

Die Maßnahme wird als sinnvoll erachtet und liegt in kommunaler Zuständigkeit. In jeder Arbeitsgruppe kann dieses Thema einfließen z.B. bei Ausflügen etc. Planung um Umsetzung der Maßnahme sind kein Problem.

Maßnahmenvorschlag 3.4.3: Naturkundliche Exkursionen speziell für Kinder

Der Vorschlag ist sinnvoll. Die Zuständigkeit liegt bei der Jugendförderung, und ist auch Aufgabe der Schule. Während der Ferienspiele gibt es immer mehrere Angebote in diesem Themenbereich, auch durch Vereine wie Naturlandstiftung, BUND, Bienenzuchtverein, Verein für freie und angewandte Kunst, Vogelschutzverein, ... Maßnahme erfordert Fachpersonal und das ist mit Kosten verbunden. Auch hier während der Ferienspiele als Vereinsangebot denkbar.

Maßnahmenvorschlag 3.4.4: „Runder Tisch Natur“ zur Weiterentwicklung umweltpädagogischer Maßnahmen (Vernetzung aller Akteure)

Im Rahmen eines zeitlich befristeten Projekts ist die Maßnahme sinnvoll. Die Zuständigkeit liegt auch bei der Kommune, des Weiteren kommt es darauf an, welche Institution eingebunden ist. Bislang gibt es noch keine vergleichbaren Maßnahmen.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.5: Betreuungsangebote

Stellungnahme durch: Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.5.1: Ganztagschule

Siehe Stellungnahme zu Punkt 3.3.1.

Maßnahmenvorschlag 3.5.2: Hausaufgabenbetreuung / Hausaufgabenhilfe

Die Maßnahmen werden begrüßt.

Zuständig sind der Kreis, die Gemeinde und die Eltern.

Die Kosten der Umsetzung sind nicht bekannt. Der Zeitraum lässt sich je nach Wunsch bestimmen.

Maßnahmenvorschlag 3.5.3: Betreuende Grundschule

Die Maßnahmen werden als sinnvoll erachtet.

Zuständig sind der Kreis, die Gemeinde und die Eltern.

Es gibt bereits ähnliche Maßnahmen, jedoch nicht durch die Seniorenbetreuung.

Die Frage der Räumlichkeiten müsste geklärt werden. Die Kosten lassen sich z.Z. nicht beziffern.

Maßnahmenvorschlag 3.5.4: Krabbelgruppen gründen

Der Vorschlag ist durchaus sinnvoll. Zurzeit liegt die Zuständigkeit auf privater Seite.

Vergleichbare Maßnahmen gibt es zwar, allerdings nicht mit Betreuung durch ältere Menschen.

Die Umsetzung wird als machbar betrachtet, wenngleich die Kosten und der Umsetzungszeitraum z.Z. nicht benennbar sind.

Maßnahmenvorschlag 3.5.5: Besuchsdienst in der häuslichen Umgebung für ältere Menschen

Die Maßnahmen werden als durchaus sinnvoll betrachtet.

Sie liegen in der Zuständigkeit sozialer Dienste, welche sie auch schon durchführen. Wohingegen es vergleichbare Maßnahmen von Seiten der Kommune bisher nicht gibt.

Von der Kommune ist eine Umsetzung z.Z. nicht machbar.

Maßnahmenvorschlag 3.5.6: Tauschring für Dienstleistungen

Der Vorschlag ist sinnvoll.

Die Zuständigkeit liegt nicht bei der Kommune sondern auf privater Seite.

Zu den Einzelheiten der Umsetzung gibt es keine Erkenntnisse.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.5: Betreuungsangebote

Stellungnahme durch: Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.5.7: Waldkindergarten

Die Maßnahme wird als sinnvoll betrachtet.

Die Zuständigkeit liegt nicht bei der Kommune sondern auf privater Seite.

Bislang gibt es noch keine vergleichbaren Maßnahmen.

Die Umsetzung wird als äußerst schwierig erachtet. Kosten sind nicht zu erkennen.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.6: Teilhabe

Stellungnahme durch: Frau Münch, Herrn Stenzel (Jugendförderung)

Maßnahmenvorschlag 3.6.1: Agenda-Forum für Kinder und Jugendliche

Ein Agenda-Forum für Kinder und Jugendliche ist nur sinnvoll, wenn konkrete Problemlagen und Konflikte vorliegen und bestimmte Wünsche von Jugendlichen diskutiert werden wollen. Die geringe Beteiligung von Jugendlichen an den bisherigen Agenda – Veranstaltungen zeigt, dass zurzeit kein Bedarf besteht.

Zuständig ist die Kommune. Bisher gibt es noch keine vergleichbaren Maßnahmen.

Maßnahmenvorschlag 3.6.2: „Runder Tisch“ / „Jugendkonferenz“ zur Vernetzung der mit der Jugendpolitik befassten Stellen mit der Agenda

Sinnvoll ist die Maßnahme nur, wenn konkrete Problemlagen vorliegen.

Die Maßnahme liegt in kommunaler Zuständigkeit.

Eine Mitwirkung von Jugendlichen besteht im Jugendbeirat. Dort kann auch entschieden werden, ob eine Jugendkonferenz stattfinden soll.



Agenda-Dokument

Stellungnahmen der Verwaltung zu den Vorschlägen der AG 3

Schwerpunkt 3.7: Vernetztes Denken

Stellungnahme durch: Frau Palka (Seniorenbeauftragte)

Maßnahmenvorschlag 3.7.1: Ganztagschule

Siehe Stellungnahme zu Punkt 3.3.1

Maßnahmenvorschlag 3.7.2: Informationen über Globalisierung: wirtschaftlich, politisch

Keine Stellungnahme

Maßnahmenvorschlag 3.7.3: Kontakte mit Schulen und Gemeinden in einem Entwicklungsland

Die Maßnahmen werden als durchaus sinnvoll erachtet.

Die Kommune kann den Wunsch zur Sprache bringen, zuständig ist vermutlich das BEMI. Bislang gibt es noch keine vergleichbaren Maßnahmen.

Die Umsetzung erscheint schwer realisierbar, wenngleich es auch keine besonderen planungsrechtlichen Anforderungen gibt. Die Kosten müssten noch ermittelt werden. Der Zeitrahmen ist noch nicht voraussehbar.

Maßnahmenvorschlag 3.7.4: Miteinbeziehung der ausländischen Mitbewohner

Wenn es auch erwünscht wird, ist der Vorschlag sinnvoll. Je nach Voraussetzung ist die Zuständigkeit für die Maßnahmen zu bestimmen.

Die Umsetzung wird als sehr schwierig angesehen. Die Kosten sind noch nicht voraussehbar.

Maßnahmenvorschlag 3.7.5: „Runder Tisch“/„Jugendkonferenz“ (siehe auch Schwerpunktthema „Teilhabe“)

Der Vorschlag wird positiv bewertet.

Die Kosten sind vorerst noch nicht bekannt. Die Umsetzung ließe sich je nach Wunsch auch kurzfristig realisieren.